

## SWP-Aktuell

NR. 8 FEBRUAR 2026

### Ankaras kritischer Blick auf das EU-Freihandelsabkommen mit Indien

Die Türkei fordert mit Nachdruck, die Zollunion mit der EU zu modernisieren

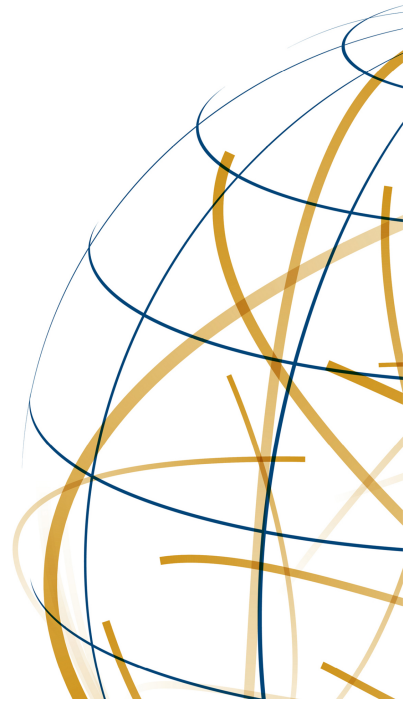
Yaşar Aydın

Dreißig Jahre nach Gründung der Zollunion mit der Europäischen Union (EU) sieht Ankara durch die Freihandelsabkommen der EU mit Drittstaaten, zuletzt mit Indien, wachsende wirtschaftliche Risiken. Während die Verhandlungen zum EU-Indien-Freihandelsabkommen Ende Januar abgeschlossen wurden und nun ebenfalls die Sicherheitskooperation zwischen der EU und Indien ausgeweitet werden soll, bleibt Ankara außen vor. Aus Sicht der Türkei könnte das Abkommen zudem ihr Gewicht im strategischen Kalkül der EU schwächen. Mit Nachdruck fordert Ankara daher die Modernisierung der Zollunion. Denn nicht auszuschließen ist, dass sich die strukturellen Asymmetrien in der Zollunion zu seinen Lasten weiter verfestigen: Marktintegration ohne politische Mitgestaltung kann eine dauerhafte Benachteiligung der Türkei bedeuten und belastet ihre Beziehungen zur EU. Mit Inkrafttreten des Freihandelsabkommens werden indische Produkte leichter auf den türkischen Markt gelangen, türkische Produkte aber nicht nach Indien. Aufgrund geopolitischer Divergenzen mit Indien bestehen aus türkischer Perspektive überdies Risiken für eigene regionale Interessen. Brüssel und Berlin könnten diese Konstellation nutzen, um die Kooperation mit Ankara auf eine tragfähige institutionelle Grundlage zu stellen.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sieht im Freihandelsabkommen mit Indien einen Meilenstein in den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den »größten Demokratien« der Welt, während Indiens Premierminister Narendra Modi es gar als die »Mutter aller Abkommen« bezeichnet. EU-Ratspräsident António Costa knüpft an das Abkommen die Erwartung, dass es eine neue Phase der Beziehungen eröffnen könnte, die über Handel hinaus auch sicherheitspolitische Aspekte einschließen soll.

Auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos im Januar dieses Jahres bezeichnete Bundeskanzler Friedrich Merz das Freihandelsabkommen als Chance, gemeinsam gegen wachsende protektionistische Tendenzen und politischen Isolationismus vorzugehen. Er betonte dabei, dass »regelfreundliche« Länder wie Deutschland, die EU und Indien von offenen Märkten profitierten und deshalb zusammenhalten sollten.

Während das Freihandelsabkommen in Deutschland und anderen EU-Ländern als



wirtschafts- und geopolitischer Gewinn gewertet wird, überwiegt in der Türkei Skepsis. Aus türkischer Sicht ist das Abkommen ein Warnsignal: Europas wirtschaftliche und politische Geografie ordnet sich neu, während die Türkei Gefahr läuft, als Mitglied der Zollunion mit der EU Regeln befolgen zu müssen, die sie nicht mitbestimmt hat.

### **Das Freihandelsabkommen und seine Relevanz für die EU-Türkei-Zollunion**

Das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Indien sieht vor, 90 Prozent der Zölle abzubauen. Damit ermöglicht es für beide Seiten einen umfangreichen Marktzugang im Waren- und Dienstleistungsverkehr sowie Investitionen. Es wird erwartet, dass die jährlichen Warenausfuhren aus der EU nach Indien bis 2032 um 107,6 Prozent ansteigen. Besonders profitieren sollen industrielle Schlüsselbranchen wie der Maschinenbau, die Chemie-, die Pharma- und die Automobilzulieferindustrie sowie ausgewählte Dienstleistungssektoren, darunter IT-, Finanz- und professionelle Dienstleistungen.

Flankiert wird die Marktöffnung von Regelungen zum Investitionsschutz, zur regulatorischen Zusammenarbeit und zum Schutz geistigen Eigentums sowie von Mechanismen, die Zoll- und Handelsverfahren vereinfachen sollen. Gleichzeitig verankert das Abkommen Verpflichtungen zu Arbeits-, Umwelt- und Nachhaltigkeitsstandards. Durch Übergangsfristen und Ausnahmeregelungen bleiben Sektoren in der Landwirtschaft geschützt. Insgesamt zielt das Abkommen auf eine langfristige, regelbasierte Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen ab sowie auf eine stärkere strategische Anbindung Indiens an den europäischen Markt.

Das europäisch-indische Freihandelsabkommen steht im Kontext globaler geopolitischer und wirtschaftlicher Verschiebungen sowie des zunehmenden neo-merkantilistischen Protektionismus, der sich exemplarisch im Streit um Zölle zeigt.

Mit dem Abkommen verfolgt die EU das Ziel, die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Indien zu intensivieren, neue Absatzmärkte zu erschließen, ihre wirtschaftliche Präsenz im Indo-Pazifik auszubauen und ihre Abhängigkeit von China zu reduzieren. Indien wiederum wird die Kooperation mit der EU nutzen, um seine wirtschaftliche und technologische Modernisierung zu beschleunigen. Dies gilt als zentrale Voraussetzung für die angestrebte stärkere Rolle des Landes auf der internationalen Bühne.

Für die Türkei ergibt sich die – hauptsächlich wirtschaftliche – Relevanz des EU-Indien-Freihandelsabkommens primär aus der EU-Türkei-Zollunion. Die im Jahr 1996 etablierte Zollunion umfasst fast alle gewerblichen Waren; ausgenommen sind landwirtschaftliche Grundprodukte sowie Kohle- und Stahlwaren, für die separate Präferenzabkommen bestehen. Diese Abkommen gewähren zollbegünstigten Zugang nur für sogenannte Ursprungswaren, das heißt Produkte, die vollständig in einem Vertragsstaat erzeugt oder dort aus Vormaterialien ausreichend weiterverarbeitet wurden. Die konkreten Ursprungsregeln sind im Ursprungsprotokoll festgelegt.

Für die Türkei entstehen aus dieser Situation wirtschaftliche Risiken: Produkte eines Landes, mit dem die EU ein Freihandelsabkommen abgeschlossen hat, können zollfrei auf dem EU-Markt und aufgrund der Zollunion auch in der Türkei zirkulieren. Darum ist aus Sicht türkischer Wirtschaftsakteure und -experten das EU-Indien-Freihandelsabkommen mit wirtschaftspolitischen Herausforderungen verbunden. Die Debatte über das Abkommen konzentriert sich folglich nicht auf Indien, sondern auf die Zollunion und dabei auf drei Punkte.

Erstens verweist die von politischen Entscheidungsträgern und Wirtschaftsakteuren geführte und medial begleitete Debatte auf die institutionelle Asymmetrie zwischen Brüssel und Ankara. Als Teil der Zollunion mit der EU ist die Türkei, wenn die EU mit Drittstaaten neue Freihandelsabkommen eingeht, zwar an die Anwendung der daraus resultierenden Handelsregelungen und Zollsätze gebunden – jedoch ist sie nicht

an deren Ausgestaltung beteiligt, was strukturelle Benachteiligungen nach sich zieht. Vor diesem Hintergrund richten sich die Bedenken der Türkei insbesondere darauf, wie sich solche EU-Freihandelsabkommen auf ihre Handelsbeziehungen mit der EU auswirken: Als Mitglied der Zollunion muss die Türkei die von der EU mit Drittstaaten vereinbarten Tarife übernehmen.

In Expertengruppen und unter Entscheidungsträgern in der Türkei wird das EU-Indien-Freihandelsabkommen als klare Wettbewerbsverzerrung wahrgenommen. Grund ist, dass indische Industriegüter künftig zollfrei bzw. mit niedrigen Zollsätzen in den EU-Binnenmarkt und damit auch auf den türkischen Markt gelangen werden, während türkische Exporteure keinen vergleichbaren Zugang zum indischen Markt erhalten. Daher werden die Forderungen nach einer Modernisierung der Zollunion lauter, zumal mittlerweile zahlreiche Freihandelsabkommen der EU – etwa mit dem Mercosur, Vietnam oder dem Vereinigten Königreich – den türkischen Markt für Drittstaaten öffnen.

Eine Modernisierung der EU-Türkei-Zollunion würde voraussichtlich Folgendes umfassen: die Ausweitung auf neue Sektoren wie Dienstleistungen, Landwirtschaft und das öffentliche Beschaffungswesen; die Beseitigung struktureller Asymmetrien durch eine bessere Einbindung der Türkei in EU-Freihandelsabkommen mit Drittstaaten; die Einführung eines verbindlichen Streitbeilegungsmechanismus. 2016 empfahl die damalige Europäische Kommission in einem Bericht, die Zollunion entsprechend zu überarbeiten.

Führende Wirtschaftsakteure der Türkei haben kürzlich in einem Schreiben an EU-Spitzenvertreter betont, dass eine Modernisierung der Zollunion entscheidend sei für die Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit Europas. Nail Olpak, Präsident des Außenwirtschaftsrates der Türkei (Dış Ekonomik İlişkiler Kurulu, DEİK), und die Vorsitzenden der bilateralen Türkei-Europa-Wirtschaftsräte (Türkiye-Avrupa İş Konseyleri) fordern einen »Paradigmenwechsel« in den EU-Türkei-Beziehungen. Aus ihrer Sicht

müssten die Kopenhagener Kriterien von 1993, deren Einhaltung Voraussetzung für einen EU-Beitritt ist, neu festgelegt werden, da sie »ineffizient« seien. In dem Schreiben bringen sie die Modernisierung der Zollunion ins Spiel, um die europäische Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Da die Wirtschaftsräte dem DEİK und dieser der Regierung unterstellt ist, erfolgte diese Erklärung vermutlich in Abstimmung mit Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan.

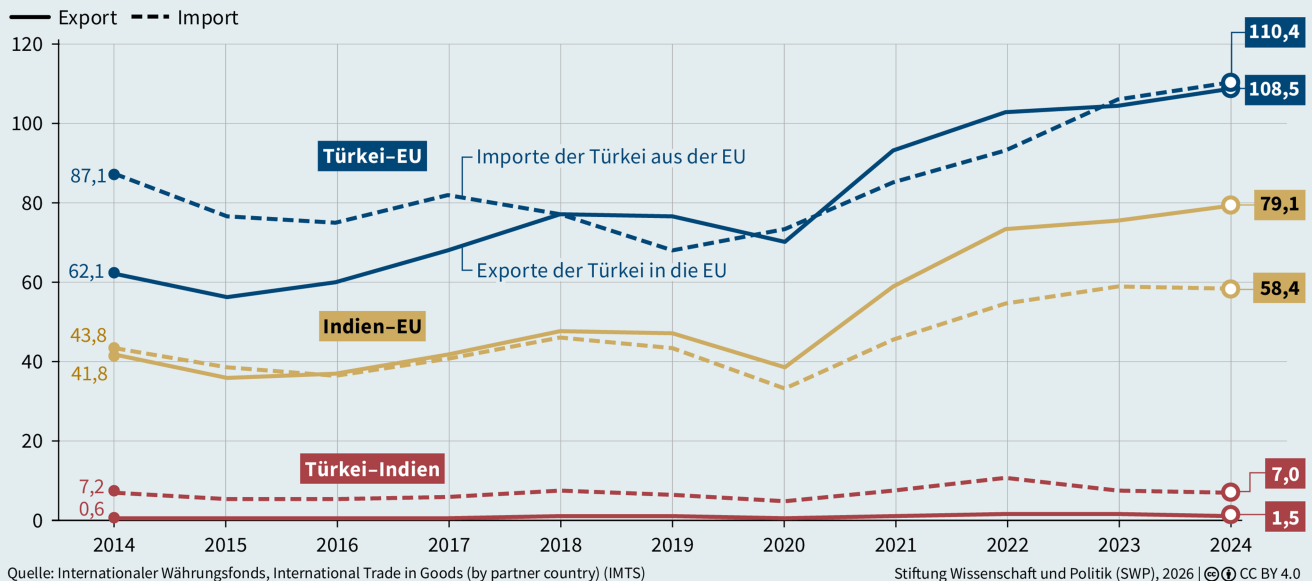
Am 4. Dezember 2025 wandte sich Präsident Erdoğan an EU-Entscheidungsträger und forderte, die Türkei zu berücksichtigen, sollte die öffentliche Hand in Zukunft bevorzugt »Made in Europe«-Autos beschaffen – ein Versuch, wirtschaftliche Benachteiligung und den Einflussverlust der Türkei im europäischen Markt zu begrenzen. Allerdings begründet die Zollunion keinen Anspruch der Türkei darauf, dass ihre Waren automatisch in die europäische Präferenzpolitik einbezogen werden. Die »Made in Europe«-Initiative, Teil der »European preference«-Politik, soll künftig Produkten den Vorzug geben, die überwiegend in der EU hergestellt wurden, um Industrie, Wertschöpfung und Arbeitsplätze zu stärken; in Kraft getreten sind die entsprechenden Regelungen noch nicht.

Zweitens gilt das EU-Indien-Freihandelsabkommen unter ökonomischen Gesichtspunkten als potenzielle Herausforderung: für türkische Exporte in die EU, für die Lieferkettenverflechtung mit der EU sowie für Direktinvestitionen. Als relevant erscheint ferner der erwartete Anstieg indischer Exporte in die Türkei, der ihr Handelsbilanzdefizit mit Indien weiter erhöhen könnte. (Siehe die beiden folgenden Kapitel.)

Diese Befürchtung haben auch Branchenvertreter geäußert. Mustafa Paşahan, stellvertretender Vorsitzender der Vereinigung Istanbuler Bekleidungs- und Konfektionsexporteure (İstanbul Hazır Giyim ve Konfeksiyon İhracatçıları Birliği, İHKİB), weist darauf hin, dass zollfreie Importe aus Indien die türkische Textilindustrie unter Druck setzen, zu Wettbewerbsverzerrungen führen und einen weiteren Arbeitsplatzschwund nach sich ziehen könnten. Die Branche steht

## Handelsströme: Türkei–EU, Indien–EU und Türkei–Indien

Angaben in Mrd. USD



bereits vor erheblichen Herausforderungen: Der Wert der Exporte des Konfektionssektors, der traditionell eine zentrale Rolle in der türkischen Wirtschaft spielt, sank von 21,2 Milliarden US-Dollar im Jahr 2022 auf 16,8 Milliarden US-Dollar im Jahr 2025. Gleichzeitig ging die Zahl der Beschäftigten in diesem Sektor in den letzten drei Jahren zurück, von 1,2 Millionen auf rund 860.000.

Erdal Bahçivan, Präsident der Istanbul Industriekammer (İstanbul Sanayi Odası, İSO), wiederum hebt hervor, dass die Zollunion zunehmend zur Wachstumsbremse für die Industrie geworden sei und dringend modernisiert werden müsse. Geschehe dies nicht, laufe die Türkei Gefahr, wichtige Marktanteile in ihrem größten Exportmarkt, der EU, zu verlieren.

Demgegenüber relativierte der türkische Handelsminister Ömer Bolat die möglichen Auswirkungen des Freihandelsabkommens zwischen der EU und Indien und verwies beschwichtigend darauf, dass keine erheblichen Verluste für die Türkei auf dem EU-Markt zu erwarten seien.

Drittens besteht die Sorge, dass die Türkei im geostrategischen und sicherheitspolitischen Kalkül Europas an Gewicht verliert.

Die staatliche Nachrichtenagentur *Anadolu Ajansı* berichtete über den Abschluss des Freihandelsabkommens unter der Schlagzeile: »EU und Indien unterzeichnen Sicherheits- und Verteidigungskooperationsabkommen«. Damit rückte sie bewusst die sicherheits- und verteidigungspolitische Dimension des Abkommens in den Vordergrund.

### Folgen für den EU-Türkei-Handel, die Lieferkettenverflechtung und Investitionen

Die vor 30 Jahren gegründete EU-Türkei-Zollunion hat die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen intensiviert und die EU zum bedeutendsten Handelspartner und zentralen Absatzmarkt der Türkei gemacht. 2024 erreichte der Wert des bilateralen Handels einen Rekordwert von 218,9 Milliarden US-Dollar (siehe Grafik), wobei rund 41 Prozent der türkischen Exporte in die EU gingen und 32 Prozent der türkischen Importe von dort stammten. Vergleicht man die türkischen und die indischen Exporte in die EU, ergibt sich folgendes Bild: Die Exporte der Türkei in die EU beliefen sich 2024 auf 108,5 Milliarden US-Dollar, diejenigen

Indiens auf 79,1 Milliarden US-Dollar. Türkische Unternehmer äußern die Sorge, dass das EU-Indien-Freihandelsabkommen langfristig die Wettbewerbsposition türkischer Exporte in der EU gegenüber indischen Lieferungen schwächen könnte.

Die Türkei exportiert vor allem Fahrzeuge und Fahrzeugteile, Maschinen, mechanische Produkte, Textilien sowie Eisen und Stahl in die EU, während Indien Maschinen, technische Geräte, Chemikalien, Textilien und Mineralprodukte liefert. Überschneidungen bei Exportgütern können den Wettbewerb auf dem EU-Markt verschärfen. Mit Inkrafttreten des EU-Indien-Freihandelsabkommens dürfte das wachsende Exportvolumen Indiens den Druck auf türkische Hersteller in diesen Schlüsselbranchen verstärken und ihre Preisvorteile und Innovationsfähigkeit auf dem wichtigsten Absatzmarkt der Türkei auf die Probe stellen.

Das EU-Indien-Freihandelsabkommen könnte zusätzlich eine Herausforderung für die Handels- und Lieferkettenverflechtung der Türkei mit der EU darstellen. Die Türkei verfolgt eine Industrie- und Lieferkettenstrategie, die auf Anpassung an den European Green Deal, auf Dekarbonisierung und die Stärkung türkischer Exporteure in europäischen Wertschöpfungsketten zielt. Ein zollfreier Zugang für indische Industrieprodukte zum EU-Markt könnte diese Bemühungen unterlaufen, den Wettbewerb verschärfen und dazu führen, dass Kooperationen mit türkischen Unternehmen reduziert und neue mit indischen aufgebaut werden. Folglich ist eine Abkühlung des bilateralen Handels nicht auszuschließen, da die Hemmnisse der veralteten EU-Türkei-Zollunion durch das EU-Indien-Abkommen verstärkt werden könnten. Zu diesen Hemmnissen zählen der begrenzte Geltungsbereich der Zollunion, strukturelle Asymmetrien, technische Regulierungsunterschiede, Visa-probleme für Geschäftsleute, Transportquoten und sonstige administrative Hürden.

Was Investitionen betrifft, könnten die das EU-Indien-Abkommen flankierenden Regelungen zum Investitionsschutz und zur Handels- und Regulierungserleichterung die Standortvorteile Indiens für europäische

Investoren gegenüber der Türkei erhöhen. In der Folge wäre es denkbar, dass einzelne Investitionsentscheidungen, von denen zuvor die Türkei profitiert hätte, nun zugunsten Indiens ausfallen. Damit könnte sich die Dynamik von Investitionen aus der EU in die Türkei abschwächen.

## **Folgen für den bilateralen Handel Türkei–Indien**

Das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Indien birgt über die möglichen Auswirkungen auf den EU-Türkei-Handel hinaus das Risiko, dass der türkische Außenhandel direkt beeinträchtigt wird. Dies könnte geschehen, wenn das bestehende Handelsungleichgewicht gegenüber Indien größer wird.

Mit der Liberalisierung der türkischen Wirtschaft in den 1980er Jahren und der Öffnung der indischen Wirtschaft in den 1990er Jahren begann der bilaterale Handel zu wachsen, blieb jedoch bis in die frühen 2000er Jahre unter 1 Milliarde US-Dollar.

In den 2010er Jahren beschleunigte sich der Anstieg des bilateralen Handels zwischen der Türkei und Indien deutlich. So wuchs das Handelsvolumen zwischen 2014 und 2022 von 7,8 Milliarden US-Dollar auf einen historischen Höchststand von 12,3 Milliarden US-Dollar (siehe Grafik). Die türkischen Exporte nach Indien blieben dabei hinter den Importen aus Indien zurück, die Handelsbilanz verlief über weite Strecken zugunsten Indiens. Im Jahr 2023 hatten die Exporte der Türkei nach Indien einen Wert von 1,6 Milliarden US-Dollar, während der Wert der Importe aus Indien bei 7,9 Milliarden US-Dollar lag.

2024 sank das bilaterale Handelsvolumen auf 8,5 Milliarden US-Dollar. Frühindikatoren für 2026 weisen auf eine Fortsetzung dieser Entwicklung hin. Als Ursachen gelten unter anderem geopolitische Spannungen, temporäre Handelsstörungen sowie eine rückläufige Nachfrage in einzelnen Sektoren. Dennoch bleibt Indien für die Türkei ein bedeutendes Lieferland, während die Türkei auf dem indischen Markt weiterhin nur eine nachgeordnete Rolle spielt.

Das EU-Indien-Freihandelsabkommen dürfte indische Exporte in die Türkei antreiben und somit das Handelsungleichgewicht weiter verschärfen.

### **Geopolitische und geoökonomische Rivalität zwischen Ankara und Neu-Delhi**

Das EU-Indien-Freihandelsabkommen steht zwar nicht in einem direkten Zusammenhang mit den geopolitischen Interessen der Türkei, entfaltet jedoch indirekt geopolitische Relevanz. Eine ausbleibende Modernisierung der EU-Türkei-Zollunion mit daraus resultierenden Handelsrückgängen und Wachstumsverlusten würde die sicherheits- und geopolitischen Interessen der Türkei schwächen.

Begünstigt wurde das Zustandekommen des EU-Indien-Freihandelsabkommens durch eine geopolitische Konstellation, in der Europa unter Druck steht: einerseits sicherheitspolitisch durch Russland, andererseits durch die Großmachtrivalität zwischen den USA und China. Der zunehmende strategische Konflikt im Indo-Pazifik sowie die Handelskonflikte zwischen Peking und Washington stellen eine erhebliche Belastung für den Welthandel und die globale Sicherheit dar. China baut dabei ein engmaschiges Netz regionaler Abhängigkeiten auf, während die USA neue Allianzen schmieden und bestehende revitalisieren. In diesem Kontext gilt Taiwan als geostrategischer »Dominostein«, dessen Destabilisierung weitreichende Folgen für die regionale und globale Sicherheitsarchitektur hätte.

Vor diesem Hintergrund gewinnt Indien als regionales Gegengewicht zu China, mit dem es sich in einem langjährigen Konflikt befindet, an strategischer Bedeutung. Die Kriegserfahrung von 1962 und die Grenzzusammenstöße von 2020 prägen die indische Sicherheitsdoktrin. Zwar intensiviert Indien seine Kooperation mit den USA, behält aber seine traditionelle Neutralitätspolitik bei und unterhält keine formellen militärischen Bindungen an den Westen.

Ob Indien eine engere sicherheitspolitische Kooperation mit der EU eingehen wird, ist noch offen. Für die EU ist das Freihandelsabkommen mit Indien gleichwohl Teil eines strategischen Kalküls, welches lautet: Indien als wirtschaftlich und politisch erstarkendes Gegengewicht zu China zu positionieren und zu Russland auf Distanz zu bringen. Deutschland und der EU liegt daher viel an einem prosperierenden Indien, das dazu beiträgt, die Macht Chinas zu begrenzen. Aus türkischer Sicht allerdings ist Indien weniger als globales Gegengewicht zu China bedeutsam, sondern primär als regionaler Rivale Pakistans und als indirekter, aber relevanter Gegenspieler im nahöstlichen Machtgefüge. Die Türkei unterhält sicherheitspolitische Beziehungen zu Pakistan und Bangladesch.

In türkischen Expertenkreisen wird das EU-Indien-Abkommen als Faktor angesehen, der Indien wirtschaftlich stärkt und es in die Lage versetzt, seine Machtposition in der Region zulasten der Türkei auszubauen. So könnte Indien Staaten unterstützen, mit denen die Türkei in einem angespannten Verhältnis steht, etwa Israel, die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), Griechenland oder Zypern. Indien kooperiert mit diesen Ländern in den Bereichen Rüstung, Sicherheitstechnologie, Drohnen, Raketenabwehr und Cybersicherheit.

In der Türkei sieht man die Teilnahme der indischen Marine an gemeinsamen Manövern mit griechischen und griechisch-zypriotischen Seestreitkräften im östlichen Mittelmeer als Herausforderung. Indien pflegt zudem einen engen Kontakt mit der Republik Zypern, Ausdruck seines wachsenden Interesses an Gasreserven und Energieprojekten in der Region. Umgekehrt beobachtet Indien aufmerksam den zunehmenden maritimen Einfluss der Türkei im östlichen Mittelmeer, im Roten Meer und im Indo-Pazifik, insbesondere die Zusammenarbeit der türkischen Marine mit Pakistan.

Eine weitere geoökonomische Differenz zwischen der Türkei und Indien ist das Projekt India – Middle East – Europe Economic Corridor (IMEC), vorgestellt im September 2023 auf dem G20-Gipfel in Neu-Delhi. Ziel

ist es, indische Märkte über den Nahen Osten mit Europa zu verbinden. Unterstützt wird das Vorhaben von Indien, den USA und der EU sowie von Golf- und Mittelmeerstaaten. IMEC sieht zwei Hauptkorridore vor: einen östlichen von Indien über die VAE, Saudi-Arabien und Jordanien nach Israel, einen nördlichen von Israel nach Europa. Smart Infrastructure, grüne Energie und digitale Vernetzung sollen den Korridor zu einer nachhaltigen, multilateralen und privatwirtschaftlich orientierten Alternative zur chinesischen Belt and Road Initiative machen. Die Türkei ist hingegen von IMEC ausgeschlossen. Präsident Erdoğan kritisierte das Projekt offen und propagiert stattdessen das Iraq Development Road Project, einen konkurrierenden Korridor über Irak und die Türkei. Dies verdeutlicht, dass die Unterschiede zwischen den beiden Projekten nicht nur logistischer Natur sind, sondern tiefgehende geopolitische Divergenzen widerspiegeln.

Die Beziehungen zwischen der Türkei und Indien bleiben angesichts der geopolitischen Differenzen weitgehend auf Handel und multilaterale Diplomatie begrenzt. Obwohl wirtschaftliche Kontakte und diplomatische Begegnungen seit den 2000er Jahren zugenommen haben, hat sich das politische Vertrauen kaum vertieft. Die sicherheitspolitischen Positionen aus der Zeit des Kalten Krieges wirken bis heute nach: Die Türkei ist fest in die Nato eingebunden, Indien stand als blockfreier Staat der Sowjetunion näher.

Formelle Diplomatie, multilaterale Kontakte und punktuelle Ministertreffen prägen das Verhältnis. Fehlender strategischer Dialog, unregelmäßige Gipfeltreffen und eine divergierende regionale Vision verhindern eine Entspannung oder gar Intensivierung der bilateralen Beziehungen. Besonders sichtbar wird dies im Kaschmir-Konflikt: Die türkische Unterstützung Pakistans sowie Hinweise auf Resolutionen der Vereinten Nationen werden in Indien als politische Einmischung wahrgenommen, und Äußerungen Präsident Erdogans zu Kaschmir haben die Irritationen in Neu-Delhi verstärkt.

In türkischen Expertenkreisen und bei Entscheidungsträgern dominiert häufig ein Nullsummen-Denken. Dadurch werden mögliche Überschneidungen globaler Zielsetzungen mit Indien – etwa das gemeinsame Eintreten für Reformen internationaler Institutionen und die Anerkennung des Wandels der unipolaren Weltordnung – übersehen, und sicherheitspolitische Anknüpfungspunkte bleiben ungenutzt.

## **Konsequenzen für und Handlungsmöglichkeiten der EU**

Angesichts geopolitischer und geoökonomischer Dynamiken, der Rivalität der Großmächte USA, China und Russland sowie zunehmender neomerkantilistischer Abschottungstendenzen ist das EU-Indien-Freihandelsabkommen ein Erfolg. Zu erwarten ist, dass das Abkommen die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Europa und Indien stärkt, zur Verringerung der Abhängigkeit beider Parteien von China beiträgt und zugleich ein Signal gegen protektionistische Tendenzen setzt.

Das EU-Indien-Freihandelsabkommen dürfte Ankara deutlich gemacht haben, dass die Türkei für die EU wirtschaftlich nicht unverzichtbar ist. Gleichwohl ist davon auszugehen, dass der türkische Markt für sie kurz- bis mittelfristig wirtschaftlich und strategisch relevant bleibt, auch wenn Marktanteile europäischer Unternehmen und die ohnehin rückläufigen Investitionen zunehmend an Indien gehen könnten. Das Abkommen ist noch nicht ratifiziert, viele Details müssen noch geklärt werden, spürbare Effekte auf Handel und Wirtschaft werden voraussichtlich bis 2030 auf sich warten lassen. Und dennoch befindet sich Ankara bereits im Alarmzustand – ein Momentum, das die EU nutzen könnte, um ihre Beziehungen zur Türkei neu auszurichten.

Für Brüssel ist es ratsam, diese Beziehungen strategisch zu stabilisieren und eine verlässliche Kooperation in Wirtschaft und Sicherheit zu gewährleisten, sodass globale wirtschafts- und sicherheitspolitische Verschiebungen nicht zulasten der Türkei





Dieses Werk ist lizenziert unter CC BY 4.0

Das Aktuell gibt die Auffassung des Autors wieder.

In der Online-Version dieser Publikation sind Verweise auf SWP-Schriften und wichtige Quellen anklickbar.

SWP-Aktuells werden intern einem Begutachtungsverfahren, einem Faktencheck und einem Lektorat unterzogen. Weitere Informationen zur Qualitätssicherung der SWP finden Sie auf der SWP-Website unter <https://www.swp-berlin.org/ueber-uns/qualitaetssicherung/>

#### SWP

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

ISSN (Print) 1611-6364  
ISSN (Online) 2747-5018  
DOI: 10.18449/2026A08

gehen. Als Teil der Zollunion und zentraler Nato-Partner bleibt das Land für die europäische Wirtschafts- und Sicherheitsarchitektur von Bedeutung.

In Anbetracht innerstaatlicher Entwicklungen in der Türkei erscheint eine Wiederaufnahme der EU-Beitrittsverhandlungen derzeit weder realistisch noch politisch sinnvoll. Gründe hierfür sind der fortschreitende Demokratieabbau, strukturelle Defizite in der Rechtsstaatlichkeit sowie die anhaltende Einschränkung bürgerlicher Freiheitsrechte. Vor diesem Hintergrund ist die Modernisierung der EU-Türkei-Zollunion das am besten geeignete verfügbare Instrument. Durch eine Modernisierung könnte die wirtschaftliche Anbindung der Türkei an die EU fortgeführt und zugleich ihre sicherheits- und außenpolitische Orientierung an der EU gefestigt werden.

Blickt man auf die geo- und sicherheitspolitischen Herausforderungen, mit denen die EU konfrontiert ist, liegt es im strategischen Interesse Brüssels, eine wirtschaftliche Entflechtung von der Türkei zu verhindern. Eine ökonomisch stabile und an Europa orientierte Türkei ist sowohl aus handels- als auch aus sicherheitspolitischer Perspektive wichtig. Fortbestehende wirtschaftliche Verflechtungen stellen dabei ein wesentliches Instrument dar, über das die EU die Türkei an sich binden kann.

Würden die wirtschaftlichen Verflechtungen hingegen geschwächt, erhöhte dies das Risiko, dass sich die Türkei politisch und wirtschaftlich destabilisiert, geopolitisch von Europa abdriftet und zu einem sicherheitspolitischen Risikofaktor an den Außengrenzen der EU wird. Vor diesem Hintergrund erscheint der von Bundeskanzler Merz verfolgte Ansatz konsistent: Er hat der Türkei eine europäische Perspektive eröffnet, verknüpft diese jedoch klar mit Bedingungen, insbesondere der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien. Damit verbindet er eine Konsolidierung der europäisch-türkischen Beziehungen mit der Wahrung europäischer Interessen.

Die EU sollte politisch lösbare Themen gezielt nutzen, um die wirtschaftliche und strategische Einbindung der Türkei zu vertiefen. Eine solche Vorgehensweise würde Anreize schaffen, die zum einen praktische Handelshemmnisse abbauen, zum anderen die Teilnahme der Türkei an europäischen Programmen und Initiativen erleichtern würden. Besonders relevant wären dabei:

- Konkrete Fortschritte bei der Visaliberalisierung, die für die türkische Wirtschaft und die Zivilgesellschaft von hoher symbolischer und praktischer Bedeutung sind.
- Integration in die entstehende europäische Sicherheitsinfrastruktur, um die Zusammenarbeit bei Krisenmanagement, Energie- und Lieferkettensicherheit zu vertiefen.
- Die Teilnahme der Türkei am EU-Finanzinstrument Security Action for Europe (SAFE), das die europäische Verteidigungsindustrie stärken soll. Ziel von SAFE ist es, durch gemeinsame Beschaffung vorrangiger Fähigkeiten die industrielle und technologische Basis der europäischen Verteidigung auszubauen, die Produktionskapazitäten zu erhöhen und Fähigkeitslücken zu schließen. Die Beteiligung der Türkei würde dazu beitragen, die Verteidigungsindustrie des Landes an europäische Sicherheits- und Compliance-Standards anzugleichen.
- Intensivierung der Kooperation im Rahmen von Horizon Europe, um türkische Forschung und Innovation stärker mit europäischen Netzwerken zu verknüpfen.

Diese Maßnahmen würden nicht nur zur wirtschaftlichen Stabilisierung der Türkei beitragen, sondern auch politische Bindungen stärken und eine belastbare Grundlage für die Modernisierung der EU-Türkei-Zollunion schaffen. Auf dieser Basis bliebe der strategische Handlungsspielraum der EU gegenüber Ankara erhalten und könnte mittel- bis langfristig genutzt werden, um kooperative Formate zu fördern und die Annäherung der Türkei an europäische Normen zu unterstützen.

*Dr. Yaşar Aydın ist Wissenschaftler am Centrum für angewandte Türkeistudien (CATS) an der SWP.*

Das Centrum für angewandte Türkeistudien (CATS) wird gefördert durch die Stiftung Mercator und das Auswärtige Amt.